

Unterstützung der Korbacher Resolution durch den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern die Korbacher Resolution unterstützt.

Der Landesvorstand wird beauftragt, unsere Unterstützung den Unterzeichnern der Korbacher Resolution mitzuteilen, so dass der Landesverband als Unterstützer geführt wird.

Der Wortlaut der Korbacher Resolution ist folgender:¹

„Folgende Forderungen richten wir an Bund, Länder und die Europäische Union:

- Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.
- Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.
- Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer.
- Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.
- Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, d.h. Abkehr von fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.“

Begründung:

Die Regeln für die Kohlenwasserstoffförderung in Deutschland werden durch Bergrecht, Planungsvorgaben, Vergabe- und Vertragsrechte und zukünftig bspw. auch durch TTIP/CETA gesetzt.

Eine nachhaltige politische Position muss deshalb auf allen Ebenen greifen.

Fracking ist eine Risikotechnologie, die in Deutschland nicht speziell limitiert ist. Die Gefahren beschränken sich nicht auf die Verwendung von Chemikalien, sondern auch auf physikalische, verfahrens- und entsorgungstechnische Aspekte. Aufgrund dessen soll Fracking zur Erschließung von Kohlenwasserstoffen deshalb nicht zum Einsatz kommen.

Nachweislich führt die Verpressung von Rückfluss zu einer Reihe weiterer Probleme, die wir ausschließen wollen.

Eine konsistente Ablehnung von Fracking in Deutschland muss verbunden werden mit einer Ablehnung von Fracking weltweit. Im internationalen Kontext sollte dies mit einem Importverbot geschehen. Damit wird gleichzeitig die politische Forderung nach der Rückverfolgbarkeit von Energieträgern eröffnet.

¹ <http://www.resolution-korbach.org/>

Gleichzeitig kann eine konsequente Energiewende erreichen, dass eine postfossile Energiegewinnung in Deutschland und Europa möglich wird.

Fracking ist dafür keine Brückentechnologie, sondern wäre eine Aufschiebung der Verantwortung dem menschengemachten Klimawandel entgegenzuwirken.